

## leine Anfrage

der Abgeordneten Nicole Müller-Orth und Dr. Bernhard Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

### Schließung der drogenfreien Wohngemeinschaft der Drogenhilfe Ludwigshafen

Die **Kleine Anfrage 1096** vom 20. September 2012 hat folgenden Wortlaut:

Die drogenfreie Wohngemeinschaft der Drogenhilfe Ludwigshafen soll im Dezember geschlossen und die Bewohnerinnen und Bewohner in anderen betreuten Wohnformen untergebracht werden. Die Stadtspitze sieht hier ein Einsparpotenzial zur Haushaltskonsolidierung.

Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich an den Personalkosten der zwei Mitarbeiter/-innen mit jeweils 70 % und 30 %. Die Mitarbeiter/-innen sollen nach Aussage der Verwaltung der Stadt Ludwigshafen nach der Schließung der Wohngemeinschaft nicht weiterbeschäftigt werden.

Ein neues Präventionskonzept liegt ebenfalls nicht vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche neuen Ansätze der Drogenpräventionsarbeit sollen von der Drogenhilfe der Stadt Ludwigshafen umgesetzt werden?
2. Wird das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie die im Haushalt eingestellten Mittel auch weiterhin bereitstellen, wenn die Mitarbeiter/-innen der drogenfreien Wohngemeinschaft nicht weiterbeschäftigt werden?
3. Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung auf die Schwerstabhängigen in Ludwigshafen und Umgebung?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich weiterhin für die niedrigschwellige, aufsuchende Drogenhilfe in Ludwigshafen einzusetzen, damit Schwerstabhängigen auch in Zukunft geholfen wird?
5. Wann wurde die Landesregierung von der Stadt über ihre Pläne informiert?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Oktober 2012 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Stadt Ludwigshafen hat beantragt, eine vom Land mit 70 Prozent geförderte Vollzeitstelle aus der Wohngruppenförderung in das „Fachkräfteprogramm Suchtprävention“, das ebenfalls einen Personalkostenzuschuss in gleicher Höhe vorsieht, umzuleiten. Die Konzeption, die dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vorliegt, orientiert sich an den Grundlagen für Suchtprävention in Rheinland-Pfalz. Vorgesehen ist, dass die suchtpreventiven Angebote in die bestehenden suchtpreventiven Strukturen eingebunden werden. Das bedeutet eine enge Kooperation mit dem Büro für Suchtprävention der Landezentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. und dem Regionalen Arbeitskreis Suchtprävention in Ludwigshafen.

Zu 2.:

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie beteiligte sich bisher bei der drogenfreien Wohngemeinschaft in Ludwigshafen mit 70 Prozent an den Personalkosten für eine Fachkraft.

Dem Anliegen der Stadt Ludwigshafen, die Vollzeitkraft aus der Wohngruppenförderung in das „Fachkräfteprogramm Suchtprävention“ umzuleiten, wurde entsprochen. Daher stehen die bisher im Haushalt eingestellten Mittel weiterhin bereit.

b. w.

Zu 3.:

Die Landesregierung erwartet keine negativen Auswirkungen für drogenabhängige Menschen. Es bestehen nach wie vor gute überregionale Angebote für schwerstabhängige Menschen, die sich für ein drogenfreies Leben entschieden haben. In Ludwigshafen gibt es zudem umfangreiche ambulante Angebote, gerade auch in der niedrigschwelligen und aufsuchenden Arbeit.

Zu 4.:

Niedrigschwellige Angebote sind unverzichtbar in der rheinland-pfälzischen Drogenpolitik. Daher stellt die Landesregierung erhebliche Mittel für die niedrigschwellige und aufsuchende Arbeit in der Drogenhilfe zur Verfügung.

Über das aus Landesmitteln geförderte Fachkräfteprogramm „Aufsuchende Sozialarbeit“ stehen 5,5 Stellen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen bereit. Das Land trägt dabei 70 Prozent der Fachpersonalkosten.

In Ludwigshafen gibt es zudem ein gut ausgebautes Angebot verschiedener Träger in der Suchtberatung. Insgesamt werden derzeit 11,8 Stellen mit einem Landeszuschuss von 25 Prozent gefördert.

Mit den bestehenden Angeboten in Ludwigshafen werden die Sicherung des Überlebens, eine gesundheitliche und soziale Stabilisierung soweit möglich, die Förderung der Motivation zum Ausstieg und die Vermittlung in weiterführende Hilfeangebote ermöglicht.

Zu 5.:

Mit Schreiben vom 25. Januar 2012 hat der Bürgermeister und Sozialdezernent der Stadt Ludwigshafen, Herr Wolfgang van Vliet, das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie über die beabsichtigte Auflösung der drogenfreien Wohngemeinschaft zum 31. Dezember 2012 informiert.

In Vertretung:  
Jacqueline Kraege  
Staatssekretärin